

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Wertages. Abonnementspreis mit der illustrierten Beilage „Der Spag“ frei Haus halbjährlich 1.10 Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 2.16 Reichsmark einschließlich Postgebühren. Einzelnummer: 15 Reichspfennig.

Anzeigenpreis für die neugefaltene Druckmeterzeile 10 Reichspfennig, bei Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. Reklamen die dreigesfaltete Millimeterzeile 50 Reichspfennig. Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernsprecher: 25 351, 25 352, 25 353.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 167

Dienstag, 21. Juli 1931

38. Jahrgang

Neue Hoover-Aktion?

Optimismus in London stark gedämpft

W.B. New York, 21. Juli (mittags)

Die New Yorker Blätter bringen in großer Aufmachung die Nachricht, daß Stimson heute in London die Vorschläge der amerikanischen Regierung darlegen werde und bezeichnen diese Vorschläge als neuen Hoover-Plan. Die Presse gibt jedoch zu, daß angesichts des völligen Schweigens Washingtons über den Inhalt dieser Vorschläge jeder Versuch, Einzelheiten anzugeben, nur eine Spekulation wäre. Herald Tribune berichtet weiter, man werde sofort Kredite gewähren, wenn auch zunächst nur solche mit 90-tägiger Laufzeit, um es Deutschland zu ermöglichen, die internationale Bankwelt zu überzeugen, daß es seine Finanzlage kontrollieren könne und daher ein vertrauenswürdiger Schuldner für langfristige Anleihen sei.

Die Hoffnung auf die große Milliardenanleihe für Deutschland ist am ersten Tag der Londoner Konferenz, die die finanzielle Transaktion durchführen sollte, wesentlich gesunken. Offenbar sind sich Brüning und Laval in ihren internen Besprechungen, die streng vertraulich gehalten werden, über die politischen Garantien, von denen Frankreich die Mitwirkung abhängig macht, nicht einig geworden.

In einer warmherzigen Rede bemühte sich Macdonald, einen Ausweg zu zeigen, der Deutschland auch ohne diese Anleihe die Möglichkeit gewähren soll, Währung und Wirtschaft intakt zu erhalten. Es könnte sich dabei allerdings wieder nur um ein Provisorium handeln, das im Augenblick weiter führt, ohne die Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Bei Schluß der Redaktion erreicht uns die Ankündigung der neuen Aktion von Washington. Was sie uns bringen wird, inwieweit Macdonald sie bei seiner Andeutung eines „anderen Weges“ schon im Auge hatte, läßt sich zur Stunde nicht übersehen.

die Abberufung der ausländischen Kredite aus Deutschland aufhöre und eine Erhöhung der Golddecke der Reichsbank.

In später Abendstunde nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers von einem Bankett bei Macdonald trat die deutsche Delegation zu einer Nachsitzung zusammen, in deren Verlauf die neue Situation eingehend erörtert wurde.

Die Beratungen der Londoner Konferenz gehen heute vormittag um 10 Uhr im Auswärtigen Amt weiter.

Die Andeutungen der Rede Macdonalds sind, wie uns gemeldet wird, darauf zurückzuführen, daß die französische Regierung den Vorschlag gemacht hat, auf Anleiheverhandlungen zu verzichten und durch eine Stillhaltaktion dafür zu sorgen, daß weitere Abzüge ausländischer Kredite von Deutschland nicht erfolgen.

Franzosen unzufrieden mit Macdonald

Paris, 21. Juli (Radio)

Die Pariser Presse ist mit der ersten Sitzung der Londoner Konferenz wenig zufrieden und befürchtet für die weiteren Verhandlungen ernste Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England in der Frage der finanziellen und politischen Garantien. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ findet die Rede Macdonalds trotz ihres warmen und überzeugenden Tones wenig verständlich, denn, nachdem

Köpfe der Londoner Konferenz



Brüning (Deutschland)
Grandi (Italien) Laval (Frankreich)
Macdonald (England)

Macdonald festgestellt habe, daß die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschlands eine der Hauptbedingungen für die Beilegung der deutschen Krise ist, sei er dafür eingetreten, daß sich die Konferenz hauptsächlich mit der finanziellen Seite des Problems beschäftige. Die Zeitung bedauert, daß Macdonald nicht mit geeigneten Worten die Wirkung deutsch-französischer Annäherung unterstrichen und vertieft, sondern im Gegenteil so getan habe, als ob er die Pariser Verhandlungen ignorieren wolle und als ob er ein anderes Verfahren für die Wiederaufrichtung Deutschlands habe.

Schwere Saalschlacht in Oldesloe

100 Nazis überfallen Saalshaus des Reichsbanners.

Bad Oldesloe, 21. Juli (Radio)

Anlässlich einer Versammlung der radikal-demokratischen Partei kam es am Montagabend zu einem Zusammenstoß. Die Nationalsozialisten hatten aus der Umgebung Verstärkung herangezogen. Als die Versammlung wegen Überfüllung polizeilich gesperrt wurde, überfielen etwa 100 Nazis den 60 Mann starken Saalshaus, den das Reichsbanner gestellt hatte und schlugen mit Messern, Stabkruten, Schlagringen usw. auf die Türwachen ein. Es entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf es 6 mehr oder weniger Schwerverletzte gab. Die erste Hilfe leistete den verletzten Kameraden der Arbeiter-Samariterbund.

Macdonald eröffnet die Londoner Konferenz

Finanzielle Lösung ohne Anleihe?

London, 21. Juli (Radio)

In seiner Eröffnungsrede zu der am Montag nachmittags begonnenen Londoner Konferenz erklärte Macdonald, daß die Anstrengungen der heutigen Beratung lediglich auf die finanzielle Seite konzentriert sein müssen.

Die politischen Voraussetzungen für das Zustandekommen einer großen Anleihe, an der der französische Geldmarkt sich beteiligen sollte, seien offenbar bei der Haltung der französischen Regierung nicht gegeben.

Macdonald führte im einzelnen aus, daß der gegenwärtige Augenblick in der Weltgeschichte ein Wendepunkt zum Guten oder Bösen sein könne. Wenn keine Lösung der gegenwärtigen Krise gefunden werden könne, so seien die politischen und finanziellen Gefahren unabsehbar. Würde aber eine Lösung gefunden, dann sei das ein schlagender Beweis für die wachsende Wirksamkeit internationaler Zusammenarbeit.

Deutschland bedürfe unbedingt der Hilfe.

Dieses Problem habe offenbar eine politische und eine finanzielle Seite, aber die Anstrengungen der jetzigen Konferenz seien nur auf die finanzielle Seite gerichtet.

„Wir müssen“, so fuhr Macdonald dann wörtlich fort, „uns ehrlich eingestehen, daß es Dinge gibt, die der eine oder andere von uns nicht tun kann, weil die öffentliche Meinung, der er in Treue dienen muß, es nicht zuläßt. Wir sind aber nicht hier, um anderen unseren Willen aufzuzwingen, um andere zu bemitleiden, wir sind hier, um uns gegenseitig zu versichern, um die schwierigen Probleme objektiv durchzudenken. Vor allen Dingen aber müssen wir daran denken, wie innig wir aufeinander angewiesen sind. Die Delegierten müssen sich daher auf eine Lösung einigen, die von ihnen vor den Parlamenten ihres Volkes vertreten werden kann und die sie genehmigt bekommen können.“

Macdonald schloß mit dem Hinweis, daß die aktuelle Kapitalkrise in Deutschland entweder auf dem Wege einer Anleihe gelöst werden müsse, der sich aber nach seinen Informationen in Paris gewisse Schwierigkeiten entgegenstellten hätten, oder auf einem direkten Weg, der Deutschlands finanzielle Position so stärkt, daß die Geldflucht nicht nur aufhöre, sondern ein Rückfließen und eine neue Vermehrung des Kapitalbestandes möglich sei.

Nach der Begrüßungsrede Macdonalds gab zunächst Laval einen Bericht über die Zusammenkünfte in Paris und legte dann die Stellung Frankreichs dar. Dabei gab er nochmals der Hoffnung auf eine ideale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland für die Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredits in der Welt Ausdruck.

Reichskanzler Dr. Brüning bestätigte den Geist der Zusammenarbeit, drückte seine Dankbarkeit für die Gelegenheit der Pariser Besprechungen aus und gab dann unter Verwendung statistischen Materials einen Überblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Notwendig sei vor allem, daß

Allerneueste Notverordnungen

Gehälter werden nur zur Hälfte ausgezahlt

Zweite Hälfte bis 10. August / Auch Pensionäre und Privatangestellte betroffen!

Berlin, 21. Juli (Radio)

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat die Reichsregierung eine Notverordnung erlassen, die bereits in der heute erscheinenden Nummer des Reichsgesetzblattes enthalten ist und nach der an die Beamten, Ruhegehaltsempfänger des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorübergehend an dem nächsten Gehaltsfälligkeitstermin mindestens die Hälfte der sonst üblichen Zahlungen geleistet zu werden braucht und der Rest am 10. August bezahlt werden muß.

In dem Gesetz ist gleichzeitig eine Ermächtigung für die Privatunternehmer dahin vorgeesehen, daß auch sie vorübergehend gestaffelte Gehaltszahlungen einführen können, und zwar nur, soweit es sich um Monatsgehälter handelt. In der Verordnung wird jedoch ausdrücklich bestimmt, daß am Fälligkeitstag mindestens die Hälfte des Gehaltes zu zahlen ist und 10 Tage später die andere Hälfte. Ferner sieht die Verordnung eine Bestimmung vor, nach der alle von ihr betroffenen Personen entsprechend der Kürzungen auch ihre Mieten entrichten können, d. h. jeweils in 2 Raten.

Rigoreuse Steuerstrafen

Für säumige Zahler

Amtlich wird mitgeteilt:

In den letzten zwei Wochen sind die Steuereingänge außerordentlich stark zurückgegangen. Das ist ein

unerträglich Zustand, der den ganzen Verwaltungsapparat auf die Dauer lahmlegen würde. Deshalb ist eine pünktliche Steuerzahlung dringend erforderlich.

Um dieses Ziel zu erreichen und den ordnungsmäßigen Eingang der Steuern des Reiches, der Länder, Gemeinden und Gemeindegremien zu gewährleisten, ist am Montag eine Verordnung der Zuschläge für Steuerrückstände erlassen worden. Diese Verordnung enthält im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie sie im Dezember 1923 durch die zweite Steuernotverordnung getroffen wurden. Die wichtigste der Bestimmungen lautet dahin, daß für rückständige Beträge an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. August 1931 ab Verzugszuschläge in Höhe von 5 Prozent halbjährlich erhoben werden. Eine Erhebung von Verzugszuschlägen findet jedoch insoweit nicht statt, als die Steuerbehörde für die rückständige Steuer Stundung bewilligt hat. Gestundete Steuern sind, soweit nicht zinslose Stundung bewilligt ist, mit jährlich 5 bis 12 Prozent (je nach der besonderen Lage des einzelnen Falles) zu verzinsen. Für die sogenannten Aufschubzinsen (insbesondere bei Zöllen) beträgt der Zinsfuß in Zukunft 10 Prozent jährlich; doch bleibt es für Beiträge, die vor der Verkündung der neuen Verordnung aufgehoben worden sind, bei dem bisherigen Zinsfuß. Bei denjenigen Steuern, bei denen nicht die neuen Vorschriften über Verzugszuschläge Platz greifen (z. B. bei den Verbrauchsteuern) werden bei nicht rechtzeitiger (unbefugterweise unterlassener) Zahlung Verzugszinsen erhoben, die für die Zeit vom 1. August 1931 ab 2 Prozent monatlich betragen.

Saager Prozeß hat begonnen!

Am die Zollunion

Saag, 20. Juli (Eig. Bericht)

Vor dem Internationalen Gerichtshof begannen am Montag in Anwesenheit fast aller hier beglaubigten diplomatischen Vertreter die Verhandlungen über die Rechtszuständigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion. Etwa 30 ausländische und 20 niederländische Journalisten wohnen den Verhandlungen bei. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der österreichische Rechtsvertreter Professor Dr. Kaufmann eine Erklärung ab, nach der Österreich, das im Richterkollegium des Gerichts nicht vertreten ist, aus international rechtlichen Gründen Anspruch auf eine Vertretung erhebt. Eine gleichlautende Erklärung wurde für die Tschechoslowakei von dem saager tschechischen Gesandten abgegeben. Der deutsche Vertreter Dr. Bruns wies darauf hin, daß Deutschland in diesem Verfahren von Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei gegen Österreich nicht Partei sei, aber dessen Anspruch auf einen eigenen Richter unterstütze. Der Gerichtshof verkündete nach einer kurzen Sonderberatung, daß er keinen Anlaß habe, den Anträgen zu entsprechen.

Konkursverfahren

Über „Nordwolle“

W.B. Bremen, 21. Juli.

Die Justizprokesselle teilt mit, daß über das Vermögen der Nordwolle heute Vormittag der Konkurs eröffnet ist. Die vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Riffisch sind beim Konkursrichter erschienen und haben erklärt, daß die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Zum Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Heinemann-Bremen ernannt.

Röhm gekippt?

Berlin, 21. Juli (Radio)

Ein kommunistisches Berliner Morgenblatt meldet heute, daß Hitlers Stabschef, Hauptmann Röhm, wegen seiner homosexuellen Affären für das Braune Haus untragbar geworden sei und durch den Botschaftsmajor Rabbitt ersetzt werden soll. Die Abberufung Röhms sei offiziell bereits beschlossen, jedoch noch nicht öffentlich ausgesprochen. Man wolle die für die nationalsozialistische Parteileitung äußerst blamable Angelegenheit möglichst lang- und langsam erledigen. Rabbitt sei bereits am Donnerstag vergangener Woche mit einem offiziellen Antrag vor dem Braunen Haus in Berlin gewesen und habe hier mit den Berliner SA-Führern dienstlich verhandelt. Die engen Verbindungen zwischen Kommunisten und Nazis sind bekannt. Andererseits ist es möglich, daß Röhm wegen seiner homosexuellen Affären selbst für Hitler eine unumgängliche Angelegenheit geworden ist. Inwiefern sind die Behauptungen des Berliner Blattes nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Inflation in Mexiko

Mexiko City, 21. Juli (Radio)

Die Berufung des Expräsidenten Calles zum Finanzminister steht angehängt der alarmierenden Währungsschwierigkeiten, unter denen Mexiko in letzter Zeit außerordentlich leidet, unmittelbar bevor. Die Regierung hat inzwischen die Gehälter der Beamten und Angestellten sowie der Angehörigen der Armee stark reduziert. Das Wirtschaftsleben ist durch die Entwertung des Silber-Reales fast völlig unterbrochen.

Syndikalistische Unruhen

Madrid, 21. Juli (Radio)

In Sevilla und Umgebung erklärten die Syndikalisten den Generalstreik. Am Montag kam es in Sevilla zwischen Streikenden, die aus Pächtern verstanden waren und der Zivilgarde zu einem schweren Feuergefecht, dem drei Menschen zum Opfer fielen. Die Regierung verhängte nach diesem Vorfall den Belagerungszustand. Sie scheint entschlossen, sich nunmehr dem Treiben der Syndikalisten mit allen Mitteln entgegenzustellen.

Die Frontoffiziere auf der Reise!

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstages

Wieder einmal sind die Spalten der Reichspressen voll vom Gejehr über den Verrat am Vaterlande, der durch eine angebliche Unterwerfung unter Frankreich von deutschen Regierungsmitgliedern begangen wird. Wieder einmal leben die ungezählten Vorwürfe auf, die in langer Reihe Ebert und Scheidemann, Dietrich und Erzberger, Rathenau und Stresemann getroffen haben. Wieder wird die Erfüllungsbefähigung der vergangenen und die gegenwärtige, als gefährliche Anzeichen der Unterwerfung, herbeigeführt durch den dreimal vertauselten Marxismus, dargestellt. Denn sozial Landes- und Hochverrat, wie er durch die dauernde Unterwerfung unter die Franzosen gelehrt wird, kann nach Ansicht dieser Reichspressen eben nur von jenseitig verstandenen Marxismusmitgliedern verübt werden.

Da es es an der Zeit, zu erinnern, wer dieses Kabinett der angeblichen Unterwerfung befehlerte, wer diese Vorkämpfer beauftragte, wer ihnen mit unbedingter Begeisterung das Schicksal der deutschen Politik in die Hände legte. Hat man schon vergessen, wie die Rechte am 21. März 1933 diese neue Regierung als

Das Kabinett der Frontkämpfer

begrußte, weil ihm der Schiffschiffen-Leutnant Dr. Brüning, Inhaber des Ehrenkreuzes 1. und 2. Klasse, der Batterieführer im Felde, Dr. Curtius, Inhaber des Ehrenkreuzes 1. und 2. Klasse, der Generalkommandant Dr. Groener, Inhaber des Ehrenkreuzes 1. und 2. Klasse, Fluggeschwaderführer Dr. Brüning, Inhaber des Ehrenkreuzes 1. und 2. Klasse, weil ihm damals auch noch die ausgezeichneten Offiziere Dr. Brüning und Dr. Goldschmidt beizugehörten, die damals noch der damalige Reichspräsident der Deutschen Nationalen, Reichspräsident und Führer der Schiffe angehörten!

Es bracht in Begleitung zu geraten und im Trübel der nationalen Unterwerfung sind all die Herren in Gefahr, in den Geißeln des unbedingten Marxismus zu geraten, wenn wir uns nicht endlich Hilfe geben, die jedem einzelnen von ihnen festzustellen, woher er kam, woher er kam und woher sein Name und Amt.

Gerade während der Pariser Reise wird Herr Brüning und viele andere von Frontkämpfern in der „Deutschen Tageszeitung“ wie folgt angegriffen:

Proteststurm gegen die Notverordnungen von gestern

Reichsrat berät die Passgebühren Verkehrsminister gegen Kanzler

Berlin, 20. Juli.

Im Reichsrat, der am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten war, protestierten zahlreiche Ländervertreter in Anwesenheit des Reichsfinanzministers heftig gegen die Besteuerung von Auslandsreisen. Das Reichsverkehrsministerium hat die Aufhebung der Notverordnung beantragt.

Interdessen beschäftigte man sich am Montag im Reichsfinanzministerium mit den Durchführungsbekanntmachungen für die Besteuerung von Auslandsreisen. In Anbetracht der endlosen Proteste gegen die Verordnung die inzwischen zu tausenden bei der Reichsregierung eingelaufen sind, beabsichtigt man zahlreiche Milderungen. So soll weder die Einreise nach Danzig noch die nach dem Saargebiet besteuert werden. In der Praxis kann das dazu führen, daß ein großer Teil des Verkehrs nach den Weststaaten über das Saargebiet vor sich gehen wird. Außerdem ist geplant, Auslandsreisen, die aus zwingenden Gründen, wie z. B. in Todesfällen vorgenommen werden müssen, von der Besteuerung zu befreien. Die Folge wird sein, daß man sich vom Ausland her unter Angabe zwingender Gründe telegraphisch Reisen bestellt, ohne daß die Behörden die Möglichkeit haben jeden einzelnen Fall genau nachzuprüfen.

Ob die Verordnung aufrecht erhalten wird, ist unter diesen Umständen zweifelhaft.

Die Presse beim Reichsminister des Innern

Der Reichsminister des Innern empfing am Montag den Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse zu einer eingehenden Aussprache über die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr poli-

tischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931. Zur Verhütung von Mißverständnissen hat der Reichsinnenminister in einem zweiten Schreiben an die obersten Reichs- und Landesbehörden ergänzende Richtlinien für die Handhabung der Verordnung herausgegeben, in denen es heißt:

„Die Verordnung gestattet nur, die Aufnahme solcher Kundgebungen oder Entgegnungen zu verlangen, die von der Behörde ausgehen, die das Ersuchen stellt, also amtliche Verlautbarungen dieser Stelle sind. Das Recht, eine periodische Druckschrift zu veröffentlichen, wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, steht voraus, daß eine bestimmte, in der Druckschrift erschienene Veröffentlichung die Annahme einer solchen Gefährdung begründet. Wegen ihrer Sendung als solcher darf eine Zeitung oder Zeitschrift also nicht verboten werden. Dies ergibt sich rechtlich schon daraus, daß in der Verordnung die Grundrechte und insbesondere das Verbot des Artikels 118 der Reichsverfassung, eine Druckschrift wegen ihrer geistigen Richtung als solcher zu verbieten, nicht aufgehoben sind.“

Bei dieser Gelegenheit gebe ich mit Rücksicht auf die durch die neue Verordnung gewährte einschneidende Verbotsbefugnis einem Wunsche der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse folgend, noch der Erwartung Ausdruck, daß die Vorlegung von Beschwerden in allen Fällen ohne jede Verzögerung erfolgt.“

Severings Auffassung

In einer Betrachtung über die neue Presseverordnung des Reichspräsidenten schreibt der preussische Innenminister Severing im Vorwärts zum Schluß: „Die Behörden Preussens begreifen sich mit der Presse mit dem Wunsche, daß sich die Verordnung als überflüssig erweise, und recht bald wieder verschwinden möge. Das wird sie an dem Tage, an dem die Presse aller Parteien zur alten Volksdisziplin zurückkehrt und außer der Freiheit der Presse auch die Freiheit der anderen anerkennt und achtet.“

Wirbelsturm vernichtet polnische Stadt

Warschau, 21. Juli (Radio)

Ein schwerer Orkan hat am Montag die polnische Stadt Lublin heimgesucht. Eine Windhose von großer Kraft deckte fast sämtliche Häuser der Stadt ab, entwurzelte Bäume und warf Autos und Eisenbahnwaggons um. Ein Teil der Stadt liegt völlig in Trümmern. Einige Personen wurden von der Windhose erfaßt, hochgerissen und aufs Straßenpflaster geschleudert. Etwa 15 Personen sollen getötet und viele verletzt sein. Da die telegraphische und telefonische Verbindung mit Lublin gestört ist, fehlen noch genauere Angaben über die Zahl der Opfer und den Umfang der Katastrophe.

Hätten wir's auch so gemacht

Spanien teilt die Rittergüter auf

Madrid, 18. Juli (Eig. Bericht)

Das von der Regierung ausgearbeitete Projekt der Agrarreform sieht die zwangsweise Enteignung von 750000 Hektar Land in den Provinzen Andalusien und Extremadura vor. Alle Güter mit über 200 Hektar Ackerboden oder 400 Hektar Weide werden von der Reform erfaßt. Für den Ankauf von Sämereien und zu Lohnweiden zahlt der Staat im ersten Jahre 120 Millionen Peseten (etwa 50 Millionen Mark). Die Verteilung erfolgt durch Bauerngenossenschaften. Ueber die Entschädigung sollen die Cortes entscheiden.

Auf einem Bankett der republikanischen Aktion erklärte der Kriegsminister, daß seine Partei gegen die rechtsliberalen Kämpfer kämpfe, in deren Reihen viele reaktionäre Elemente seien. Er könne nur so lange in der republikanischen Allianz

bleiben, als diese ausgesprochen links eingestellt sei. Die Republik müsse Spanien eine durchaus föderative Gestalt geben. Das letzte Regime müsse zur Verantwortung gezogen werden.

Die Regierung hat die Exporteure auf dem Verordnungswege verpflichtet, die Deviseneinnahmen in Peseten umzuwandeln. Weiter verfügt ein Dekret die Ausführung öffentlicher Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit auf dem Lande sowie die zwangsweise Einquartierung beschäftigungsloser Landarbeiter.

Die spanische Agrarreform bringt offenbar das zur Durchführung, was das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie fordert. Die Uebereinstimmung so auffallend, daß man das deutsche und österreichische Programm ohne weiteres als Vorbild ansehen darf. Die praktische Agrarpolitik Deutschlands ist leider den entgegengesetzten Weg gegangen — den Weg der sinnlosen Millionenaufwendungen zugunsten des republikanischen und wirtschaftlich lebensunfähigen Großgrundbesitzes.

Was die Bankangestellten sagen

Schwere Anklagen gegen die Großbanken

Der Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten hat in einer besonderen Sitzung zur Krise der Danatbank sowie zur allgemeinen finanzpolitischen Situation Stellung genommen und folgende Richtlinien beschlossen:

„Der Zentralvorstand verurteilt auf das Schärfste, daß die übrigen Großbanken nicht bereit gewesen sind, unter Garantie des Reiches durch eine entsprechende Stützungsaktion die Zahlungseinstellung der Danatbank mit allen ihren unheilvollen Begleiterscheinungen zu verhindern. Durch diese von Streben nach Prestige und Profit in gleicher Weise bestimmte Politik der übrigen Großbanken haben diese die bereits vorhandene Krise bis zur Panik gesteigert und es so verschuldet, daß das ganze Bankgewerbe und mit ihm die gesamte Wirtschaft an den Rand einer Katastrophe gebracht worden ist. Die Abwendung dieser Katastrophe macht jetzt ein Wehrjahren derjenigen Opfer erforderlich, die bei solidarischer Hilfeleistung gegenüber der Danatbank nötig gewesen wären.“

In dieser Situation verlangt der Zentralvorstand zum Schutze der unmittelbar bedrohten Angestellten der Danatbank, daß 1. die zum Schutze der Depositive der Danatbank ausgesprochene Reichsgarantie in vollem Umfang auf die vertraglichen Rechte und die sozialen Errungenschaften der Angestellten der Danatbank ausgedehnt wird und 2. auf das gewissenhafteste geprüft wird, ob nicht die Danatbank nach Ueberwindung ihrer akuten Schwierigkeiten — evtl. unter Reichsbeteiligung — als selbständiges Institut erhalten bleiben kann.

Alles aus Liebe zum Vaterland

Die Lahusen lassen erklären

Bremen, 18. Juli (Eig. Draht.)

Die Verteidiger der inhaftierten Brüder Lahusen in Alsbach-Berlin und Ruhlenkampff-Pauli-Bremen, ein Schwager der Lahusen, haben gegen die Inhaftierung ihrer Klienten am Sonnabend beim Oberlandesgericht Beschwerde eingereicht.

Rechtsanwalt Ruhlenkampff-Pauli hat zugleich eine private Mitteilung veröffentlicht, in der er im Namen der Inhaftierten erklärt, daß die Brüder Lahusen angeblich nur im Interesse der Nordwolle zu den bisher gegen sie gerichteten Angriffen gezwungen hätten. Jetzt aber, wo sie in Haft seien und eine in der Öffentlichkeit unbekanntene neue Oberleitung des Werkes phantastische Verlustziffern veröffentlichte, könnten sie die im Interesse des Unternehmens geübte Rücksicht nicht mehr wahrnehmen würden auspacken. Sie hätten „in wirtschaftlich schwerster Zeit für ihr Unternehmen und das Vaterland das Ihre mit allen Kräften reiflos getan.“

Millionen verpulvern, das Kapital der Aktionäre vertan. Verzichtwendung treiben wie irrsinnige Fürsten und Könige, aus dem Erlös der Arbeit miserabel bezahlter Arbeiter und Angestellten Steuern hinterziehen und Kapitalien ins Ausland verschicken, die Feinde des Staates, die Hezer zu Krieg und Bürgerkrieg finanzieren — das nennen die Wollkönige sich reiflos für das Vaterland einsetzen!

Familien-Anzeigen

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur **Hochzeit** danken herzlich
R. Helbig u. Frau
 geb. Cujad

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu uns. **Silberhochzeit** danken herzlich
Franz Jantzen u. Frau

Grundstücksmarkt

Größeres Siedlungshaus

mit 7 Zimmern und großem Garten zu günstigen Bedingungen zu verkaufen.
G. S. G.
 Hundestraße 49-51

Al. Haus zu kauf. gel. 300 M. Anzahl. Angeb. unt. R 378 an d. Exp.

Verkäufe

Kinderwagen zu verk. Wilsheide 1, 1.

Wiener Kaninchen zu verk. Hüfstr. 104, II

Vermietungen

Gr. möbl. Vorderz. m. Schreibt. u. elektr. Licht zu vermieten.
 Gewerdesstr. 6, III.

Gr. leeres heizbares Zimmer zu vermieten: Weithofstr. 52, II.

5-3-Zohn., Gas u. Elektr., zu tauschen geg. 2-3-Zohn. m. Zubeh. Ang. u. R 368 a. Exp.

Kaufgesuche

Gehr. II. Gasherd zu kaufen gesucht. Ang. unt. R 369 an d. Exp.

Verloren

Best. Regenmantel in Richtung Mengstr. bis Marktstr. Bitte abzug. bei Lüthje, Hüfstraße 26.

Verschiedene

Dentist R. Düffer verweist
 v. 19. Juli bis 2. Aug.

Vollmilch

direkt vom Erzeuger pro Liter
20 Pfennig
 drei Haus
Semrau, Stofeldsdorf,
 Dorfstr. 30, Tel. 28 682

Öffentliche Versteigerung

Am **Donnerstag, den 23. d. Mts.** sollen in Utecht gegen Barzahlung versteigert werden:
 Ein gut erh. Selbstbinder, ca. 26 Morgen Weizen auf dem Halm u. ca. 16 Morgen Roggen auf dem Halm.
 Käufer wollen sich 11 Uhr vorm. vor der Meiererei einfinden.
Krämer, Gerichtsvollzieher in Lübeck
 Telefon 22 003

Anodenbatterien billig!

100 V. Lenschow-Jubiläums-Anode 7.28
120 V. Daimon-Dreiblit 9.60
 Mein Anodenstromsparende DRP a. DRGM verdoppelt die Lebensdauer der Anodenbatterie

Radiohaus Adolf L. Lehmsiek

Niederlage von **Radio-Lenschow**
 Königstraße 65/67 Telefon 22 950

Hildebrandt

Brunnenbau
Fleischhauerstr. 31.I.
 Fernruf 26 483

Nachrichtungen, Bodenuntersuchungen, Grundwasser-Abmessungen.

TRAVEMÜNDE

Donnerstag, den 23. Juli 1931, pünktlich 20 Uhr:
Militär-Großkonzert
 im Städtischen Kursaal
 Drei Reichswehrkapellen aus Lübeck, Ludwigslust und Ratzeburg, sowie ein Spielmansszug.
Opernmusik, Walzer, Märsche, großer Zapfenstreich
 Sonnabend, den 25. Juli 1931, 15 Uhr:
Trabrennen

Sonntag, den 26. Juli 1931:
Groß-Ostseejahr-Festtag
Fußball- und Schwimmwettkämpfe, Trabrennen, Illumination, Feuerwerk, Uferbeleuchtung.
Die Badeverwaltung

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Ortsgruppe Lübeck

Sektion Getränke und Mählen
Donnerstag, dem 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Berichte
 2. Vortrag.
 Erscheinen aller ist Pflicht.
Die Sektionsleitung

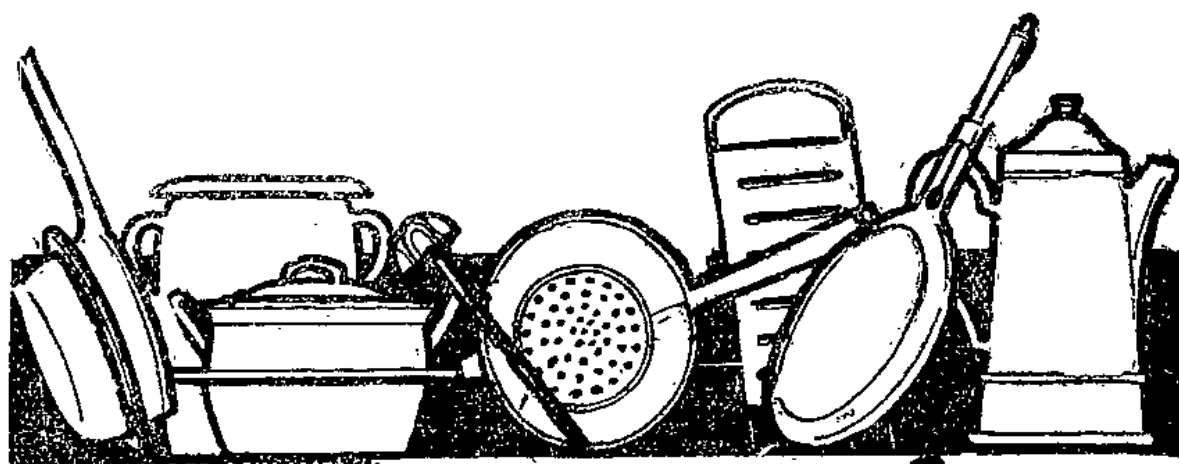
Delegierten-Versammlung

am **Donnerstag, d. 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.**
 Tagesordnung:
 1. Mitteilungen.
 2. Kassenbericht vom 2. Quartal 1931.
 3. Verschiedenes.
 Ausweisarten mitbringen.
Die Ortsverwaltung

Baugewerksbund

Die **Mitgliederversammlung** fällt umständehalber aus und findet am **Freitag, dem 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr, statt.**
Der Vorstand

Café Wakenitzblick
Marlstraße 10 (früher Horn'sche Villa)
Eröffnung
 am **Sonntag, dem 26. Juli 1931**



Hausfrau-Oberteile:

25 Pfennige

- Glasteller, Diamant 3 Stück 25
- Bierbecher, geschliffen Stück 25
- Ascher mit 3 Ablagen Stück 25
- Glasschalen, rund Stück 25
- Goldrandtasse mit Unterteil Stück 25
- Kinderbecher, Porzellan mit Bild Stück 25
- Zuckerdosens, Porzellan mit Dekor Stück 25
- Kinderteller mit Bild Stück 25
- Salats, Steingut rechteckig Stück 25
- Kummen, bunt Stück 25
- Kakteenöpfe, farbig m. Untersetzer Stück 25
- Emaille-Nachtgeschirre Stück 25
- Rasierklingen 5 Stück 25
- Wäscheklammern, Rundknopf 50 Stück 25

50 Pfennige

- Butterglocken, Preßglas Stück 50
- Tassen, china blau Stück 50
- Speiseteller, Feston Goldrand, tief oder flach ca. 24 cm Stück 50
- Weingläser mit geschl. Stiel Stück 50
- Vasen, geschliffen Stück 50
- Salatbestecke, Kunsthorn Paar 50
- Emaille-Aufnehmer Stück 50
- Aluminium-Eierschneider Stück 50
- Kakao- od. Teedosen mit Dekor Stück 50
- Handfeger Kokos Stück 50
- Frühstücksbretter, 3 Stück im Bund Bund 50
- Klosettpapierhalter Stück 50
- Stuhlsitze Stück 50
- Fahrrad-Rahmenpumpen Stück 50

Warenabgabe nur an Mitglieder!

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

VON TOR ZU TOR
DURCH HANDWERK UND GEWERBE

Akkumulatoren
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Klingenberg 8-9

Auto-Reparaturen
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Dorotheenstraße 23

Beleuchtungskörper
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Ausstellungsraum und Verkauf Klingenberg 8-9

Benzin — Benzol
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Dorotheenstraße 23

Elektrische Anlagen
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Klingenberg 8-9

Farben — Lacke
 Farbenhaus
Heinr. Heickendorf
 Markt 15/16

Holz — Sperrplatten — Furniere
Sager & Klüsmann
 G. m. b. H. Wielandstraße 14

Kinderwagen — Klappsportwagen
Heinr. Kruse, Fischergrube 23

Klempnerarbeiten
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Dorotheenstraße 23

Lederhandlung
Wilh. Grube, Braunstraße 38
 Grüne Sohlen „Marke Goliath“
 haltbarer als alle anderen

Malerarbeiten
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Dorotheenstraße 23

Maurerarbeiten
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Märkische Str. 2 u. 2a, Hansastr. 164

Radio und Zubehör
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Ausstellungsraum und Verkauf Klingenberg 8-9

Schlosserarbeiten
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Dorotheenstraße 23

Sprechapparate, Schallplatt., Noten
Musikhaus C. W. Meyer Inh. G. Schneider Geibelplatz 8 Alle Musikalien

Zimmerarbeiten
Lübecker Bau-Gesellschaft m. b. H.
 Zentral-Verwaltung Königstraße 108
 Betriebs-Werkstatt Märkische Str. 2 u. 2a, Hansastr. 164

Kurze Bürgerschaft

Wieder ein bißchen Klamauk / Sozialdemokratie fordert Herabsetzung des Erbbauzinses / Kommunistisch-kapitalistische Einheitsfront gegen Brodten

Der „hungernde Arbeiter“ auf der Tribüne

Lübeck, 21. Juli

Diese Sitzung in der Ferienzeit war notwendig, um die Steuerausgänge beim Finanzamt ordnungsgemäß zu besetzen. Was sonst vorlag, war herzlich wenig; man hätte in einer halben Stunde fertig sein können, zumal die Wahl zu den Steuerausgängen einstimmig erfolgte; die Kommunisten waren auf der gemeinsamen Liste berücksichtigt; — wir haben gar nichts dagegen, daß sie hier praktische Arbeit leisten — die Nazis hatten erklärt, sie hätten kein Interesse, kein Wunder, da es sich eben um Arbeit handelt und nicht mal was dabei zu verdienen ist.

Aber Klamauk muß sein! Um ihn kunstgerecht anzubringen, hatten die Nazis ihre ganzen 25 Anträge vom vorigen Mal noch mal eingebracht, dazu ein paar neue, noch geistvollere, u. a. sofortige Zurückziehung der Polizei von den Straßen. Als das — selbstverständlich — abgelehnt wurde, fing ein Arbeiter auf der Tribüne an, eine Ansprache über den Hunger der Erwerbslosen zu halten. Hinterher stellte sich heraus, daß dieser hungernde Arbeiter der kommunistische preußische Landtagsabgeordnete Bruhn war, der schon durch seine Landtagsarbeiten vor dem ärgsten Hunger geschützt sein dürfte. Der junge Herr hatte sogar die Freiheit gehabt, sich vor der Sitzung unserem Wortführer vorzustellen und als Mitglied des Preußenparlamentes um eine Tribünenkarte zu bitten. Er bekam sie und benutzte sie, um wenigstens einmal in seinem Leben in einem Parlament zu Worte zu kommen. Im feinen eigenen Landtag hat er nämlich „nix to seggen“.

Ein kleiner Narrenstreich, aber doch unendlich traurig. Es gibt Tausende, die nicht satt zu essen haben — furchtbare Tatsache; und damit muß ein durchaus nicht hungernder kommunistischer Oberbunze sein Schandspiel treiben! Die Tribünen wurden geräumt unter gemeinamem Hallo der vereinten Nazis und Nazis. Puchmüller, der lauteste Brüller, wurde ausgeschlossen. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung und Wiedereröffnung der Tribünen konnte die Arbeit beginnen.

Sie brachte eine Entscheidung von Wichtigkeit: Die Abstimmung über den Staatszuschuß für unser Brodtener Heim. Er wurde abgelehnt mit den Stimmen des HWB und der stets vereinten Nazi- und Kozzi-Brüderschaft. Man wird sich diese Mehrheit merken; man wird sich merken, wo die Kommunisten stehen, wenn es sich darum handelt, etwas Positives für die Arbeiterschaft zu tun. Auf der einen Seite SPD, Senat und Demokraten — auf der andern das ganze Besitzbürgertum im Bund mit den Kommunisten — eine feine Mehrheitsbildung! Brodten wird daran nicht zugrunde gehen, aber manchem Arbeiter wird ein kleines Licht ausgehen.

Angenommen wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, angefaßt der immer weiter um sich greifenden Not den Erbbauzins mit sofortiger Wirkung von 4 auf 2% Prozent herabzusetzen. Angenommen gegen die Stimmen des HWB und seines Nazi-Schwanzes. Aber heute früh ist offenbar den braven Bürgern ein Seifensieder aufgegangen, wozu sie sich wieder einmal in ihrem Haß gegen jede gemeinnützige produktive Arbeit haben treiben lassen. Mit wiederer Unschuldsmiene erklärt der General-Anzeiger, nur deshalb habe der HWB den Antrag abgelehnt, weil die Sozialdemokratie versäumt habe ihn vorher den andern Fraktionen mitzuteilen.

Eine sehr plausible Ausrede. Stimmt aber nicht. Unser Fraktionsvorsitzender hatte den Antrag vor der Sitzung dem Sachbearbeiter im HWB überreicht. Man könnte auch an diesen „Irrtum“ des General-Anzeigers einige Bemerkungen knüpfen. Aber wozu? — Es genügt ja festzustellen, daß die Bürger jetzt aufgewacht sind, wenn auch etwas spät.

Wie fest sie gestern abend schliefen war auch bei der letzten Abstimmung zu bemerken, die mit Hilfe eines Nazi-Antrages eine neue kleine Reichsbanner- und Polizeibeke bringen sollte. Als er verlesen wurde, hatte gerade die Hälfte nicht zugehört und blieb bei der Abstimmung sitzen. Die Unterstützung reichte nicht aus, die Reichsbannerdebatte fiel unter den Tisch. Eigentlich schade!

Der Verhandlungsbericht

Geschäftliches

Der Wortführer Ehlers widmet dem verstorbenen Bürgerchaftsmitglied Heidenhoff ehrende Gedenkworte. Der Verstorbene gehörte der Bürgerchaft seit 1926 an und war auch Wortführer des Bürgerchaftsausschusses. Seine vornehme und sachliche Art wurde allgemein geschätzt. Eftennachfolger würde Herr Rich. Züsch sein. Da dieser aber ablehnte, trat Grieger an seine Stelle. Gleichzeitig trat auch Karl Tsch wieder in die Bürgerchaft ein. Gegen die vom Wahlausschuß vorgeschlagene Liste für die Steuerausgänge beim Finanzamt wurde keine Einwendungen erhoben.

Wie der Vorsitzende des Vorkommensauschusses, Passarge, mitteilte, verlangte die Staatsanwaltschaft in zwei Fällen die Aufhebung der Immunität des Bürgerchaftsmitgliedes Fedder. In einem Fall wurde sie genehmigt, im andern, der nach Eutin spielt, abgelehnt.

Sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag

Ein Antrag Bruns und Genossen fordert: Aus Anlaß der Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitverkürzung ersucht die Bürgerchaft den Senat:

1. Die Finanzbehörde anzuweisen, daß die Erhöhung des Erbbauzinses von 2½ auf 4 Proz. für Siedlungen und Neubauwohnungen sofort rückgängig gemacht wird.
2. Einen Lastenausgleich zu schaffen für die in den Jahren 1929 und 1930 errichteten Siedlungen und Wohnungen.

Die Dringlichkeit wurde anerkannt. — Der HWB und die Nationalsozialisten stimmten dagegen. Der Antrag geht an den Senat.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Nationalsozialisten über Beschlagnahme des Goldschmidtschen Vermögens wird abgelehnt. — Die Kommunisten wiederholten ihre zahlreichen Anträge der letzten Bürgerchaftssitzung und brachten einen neuen ein, die Polizei sofort aus dem Rathaus zu entfernen und die Sipos aus den Straßen zurückzuführen. Während der Berlesung kommt es auf den Tribünen zu Zwischenrufen, so daß der Wortführer deren Räumung anordnet. Von den Kommunisten gebärdet sich Puchmüller besonders aufgeregt, er erhält 4 Ordnungsrufe und wird von der Sitzung ausgeschlossen. Da er im Weggehen weiter beleidigend wird, schließt ihn der Wortführer von drei weiteren Sitzungen aus.

Nach der Räumung der Tribünen wurden neue Karten ausgegeben. Der Wortführer ermahnt die Tribünenbesucher zur Ruhe und erklärt, daß einer der Zwischenrufer der preußische Landtagsabgeordnete Bruhn sei, der um Zulassung gebeten habe. Ein der Arbeiterschaft angehöriger Abgeordneter habe sich in anderen Parlamenten anständig zu betragen und nicht durch Zwischenrufe die Lage zu verschärfen.

Auf Antrag Dühring (HWB) wird beschlossen, die kommunistischen Anträge wegen Mißbrauch der Bürgerchaft im stenographischen Bericht nicht abzuveröffentlichen.

Die Senatsanträge

Verzicht auf das dem Theodor-Schwarz-Erholungsheim gewährte Darlehen. — Stolterfoth (HWB) verweist darauf, daß der Haushaltsausschuß mit 5 gegen 4 Stimmen die Annahme empfohlen habe. Eine Fraktion werde aber dagegen stimmen. — Senator Mehrlein erklärt, der Senat habe gegen die Annahme des Antrages keine finanziellen Bedenken. — Grußendorf (Kom.) sagt, seine Fraktion werde den Sozialdemokraten für ihre besonderen Gruppen keine Geschenke machen. (Zuruf: Die Kinder werden unterschiedslos aufgenommen.) — Hoffmann (Natzj.) wendet sich gegen die Vorlage. Die Hitlerjugend werde dort dauernd angepöbelt und jetzt habe man ihr auch das Haus der Jugend verboten. — Die Senatsvorlage wird mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Nachtrag zum Gesetz vom 18. Januar 1928 betr. das Berufs- und Fachschulwesen. — Zweiter Nachtrag zum Gesetz über die Erhebung von Schulgeld an den lübeckischen höheren und Mittelschulen vom 20. 6. 28. — Beide Vorlagen waren dem Haushaltsausschuß überwiesen, der beschlossen hatte, den ersten

Wirkungslose Kommunistendemonstration

Die KPD. hatte zur Unterstützung der einigen 20 Anträge ihrer Bürgerchaftsfraktion für Montag abend zu einer Demonstration aufgerufen. Sie sollte um 5 Uhr nachmittags auf dem alten Bahndamm stattfinden, war aber vom Polizeiamt nicht genehmigt worden. Die auf dem alten Eisenbahndamm gesammelte Menge — etwa 200 Personen — wurde von Polizeibeamten auf das Verbot des Polizeiamtes hingewiesen, worauf sie sich entfernte. Die Demonstranten sammelten sich kurze Zeit später auf dem Marktplatz und in den anliegenden Straßen in größeren und kleineren Gruppen. Der Verkehr war um diese Zeit besonders lebhaft; insbesondere waren viele Frauen des Inventurausverkaufs wegen unterwegs. Am den Verkehr nicht zu hemmen, forderten die Polizeibeamten die Demonstranten auf, sich zu entfernen. Hierbei mußten 6 Personen nach der Wache sifiziert werden, die sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Beleidigung u. a. m. schuldig gemacht hatten. Im übrigen verlief diese auseinandergerissene Demonstration ohne weiteren Zwischenfälle.

Lichtbildervortrag in Rüknis

Die hiesige Distriktsleitung der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet am Donnerstag, dem 23. Juli, abends 8 Uhr bei Dieckelmann einen öffentlichen Lichtbildervortrag. Gezeigt werden ca. 180 Bilder aus dem Film „Im Westen nichts Neues.“

Die Einwohnerschaft von Rüknis und Umgegend ist hierzu freundlichst eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Ortsauschuß Rüknis
19. Distrikt der SPD.

Berichtigung. In der Unterzeile des Artikels in der gestrigen Ausgabe auf der 2. Seite des Hauptblattes über die Lockerung der Banksperrre hat sich ein Irrtum eingeschlichen. Es muß dort statt von Montag bis Mittwoch heißen: Montag bis Donnerstag können 20 Mk. vom Spar- und 100 Mk. vom Bankkonto abgehoben werden.

Schwerer Sturz eines Radlers. Montag um 13.45 Uhr wollte ein Hamburger Kraftfahrer in der Fackelburger Allee in Höhe der Sadowastrasse einen Lastwagen überholen und kam hierbei auf das Geleise der Straßenbahn. Auf der Straßenbahnschiene kam das Rad ins Schleudern und der Fahrer stürzte vom Rade. Er erlitt eine Nasenbeinverletzung, ferner wurde die Lippe aufgespalten und der rechte Daumen verletzt.

Die Temperaturen in den Badeanstalten Falkendamm und Krähensteich: Wasser 18 Grad, Luft 15 Grad.

Heute

18. Distrikt. Frauengruppe im Raffeckhaus 20 Uhr.

Das Lübecker Bild

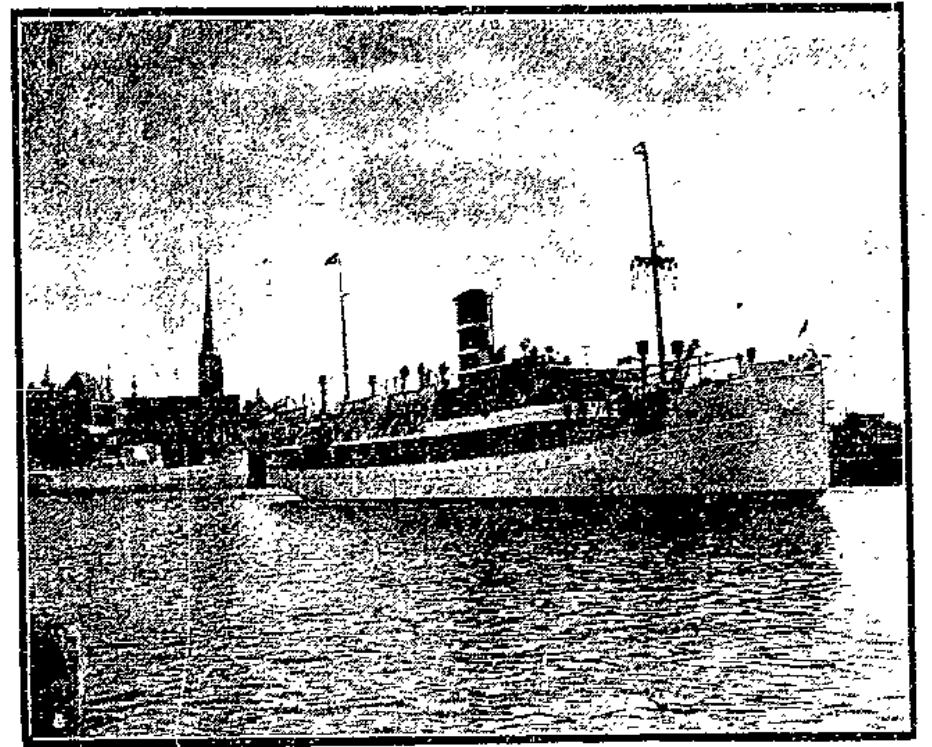


Foto: Braune.

Dampfer „Wellamo“ verläßt den Lübecker Hafen

Antrag anzunehmen, den zweiten aber abzulehnen. Zum 1. Antrag liegt ein Antrag Dühring vor, der besagt, daß die Beiträge von der Oberbehörde nach Anhörung der Berufskammer festgesetzt werden sollen. Wird über die Höhe der Beiträge keine Übereinstimmung erzielt, hat die Oberbehörde die Entscheidung durch Senat und Bürgerchaft herbeizuführen.

Nach kurzer Debatte werden beide Vorlagen angenommen. Ein weiterer Antrag Dühring, das Schulgeld an den höheren und Mittelschulen nach dem Einkommen des laufenden Jahres zu berechnen, wurde vom Haushaltsausschuß und der Bürgerchaft abgelehnt.

Angenommen wurde die Senatsvorlage über Vergebung eines Geländes unterhalb der Charlottenstraße in Erbbau an den Lübecker Ruderklub. Der Verein hat bisher 50 Mark Pacht für den Platz bezahlt und soll bis zum Jahre 1960 die gleiche Summe als Erbbauzins zahlen.

Ein Antrag Bannemann (Natzj.) fordert, den Revisionsbericht der Treuhandgesellschaft für kommunale Unternehmungen dem Haushaltsausschuß vorzulegen. — Hoffmann begründet den Antrag mit dem Mißtrauen gegen die städtischen Betriebe, deren Tarife viel höher als andernwärts seien. Der Antrag wird abgelehnt.

Ein weiterer nationalsozialistischer Antrag, der Auskunfts vom Senat über den Maifestzug und einen Umzug des Reichsbanners fordert, fällt trotz teilweiser Unterstützung des HWB unter den Tisch. — Hoffmann, der von Schiebern spricht, erhält noch einen Ordnungsruf.

Schluß 7½ Uhr.

Beruhigung bei den Konsumsparenen

Von 20 000 Konten keine 100 angegriffen

Nach den ersten heinruhmigenden Tagen der Inflation hat die Notverordnung hatte ähnlich wie bei den andern Sparinstituten auch ein Teil der Konsumvereinsparer eine gewisse Angst ergriffen. Aber diese kamen kaum in Betracht. Die Genossenschaftler wissen, daß durch die umfangreichen Abhebungen von Sparguthaben gar nichts gebessert, wohl aber großer, unabsehbarer Schaden angerichtet werden kann. Vor einer Inflation — die übrigens niemals kommen wird — ist das Geld in der Brütische oder Schreibtischschublade ebenso wenig sicher, wie das Guthaben auf der Sparkasse, so daß eine vermeintliche Inflationsgefahr die Spargelbhebungen niemals rechtfertigen kann.

Diese Tatsache machte sich auch nach den Bankfeiertagen in erfreulicher Weise bemerkbar. Am Montag war absolute Beruhigung eingetreten, so daß die Sparkasse des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend von 20 000 Konten keine 100 abzufertigen brauchte. Und in den 100 Läden des Konsumvereins, die als Filialen Ein- und Auszahlungen vornahmen, sind kaum 1000 RM. abgehoben worden. Allerdings wurden — was den Konsumvereinsmitgliedern zum Vorteil gereicht — Sparguthaben zum Einkauf von Waren benutzt, was sich insbesondere im Warenhaus bemerkbar machte. Bevorzugt wurden Bekleidungs- und Aussteuerartikel.

Die Tatsache des Vertrauens zu der Genossenschaftsparkasse ist begrüßenswert. Es muß immer wieder gesagt werden, daß Geld bei den Konsumvereinsmitgliedern in der denkbar sichersten Weise angelegt ist. Nur wenn man das dem Konsumvereins anvertraute Geld, mit dem sie zum Nutzen und Segen ihrer sparenden Mitglieder arbeiten, entzieht, sind Schwierigkeiten zu befürchten. Darum müssen die verantwortungsbewußten Mitglieder in der heutigen Notzeit darauf bedacht sein, ihre Genossenschaft mit Hilfe ihrer Spareinlagen zu stützen und auszubauen, anstatt sie durch Gelbhebungen in ihrer Entwicklung zu hemmen und in Angelegenheiten zu bringen.

Die Partei im Landgebiet

Moorgarten-Rothenhaujen

Die Monatsversammlung der SPD. Moorgarten-Rothenhaujen wies eine ungewöhnlich reichhaltige Tagesordnung auf. In einer längeren Aussprache wurden Parteiangelegenheiten und die angelegte Neuwahl des Distriktsführers behandelt. Da keine anderen Vorschläge gemacht wurden und dem bisherigen Ortsleiter von allen Seiten das Vertrauen ausgesprochen wurde, fand eine Einigung auf das Weiteramtieren des Genossen Stau statt. Erfreulich war die Einnütigkeit, alles daranzusetzen, die Partei und nicht zuletzt die Bewegung im hiesigen Bezirk zu fördern. Das Referat über die politische und wirtschaftliche Lage hielt Gen. Watertrakt. Im Verschiedenen befaßte man sich mit einer ganzen Anzahl örtlicher Fragen. Von der Finanzbehörde ist die Antwort eingegangen, daß sich die Landanlieger am Forstort Moorgarten mit der Aufforderung zur Vorleistung an die Forstverwaltung Kronsforde wenden sollen. Wegen des Schäferkopel-Terrains, dessen sich

Rund um den Erdball

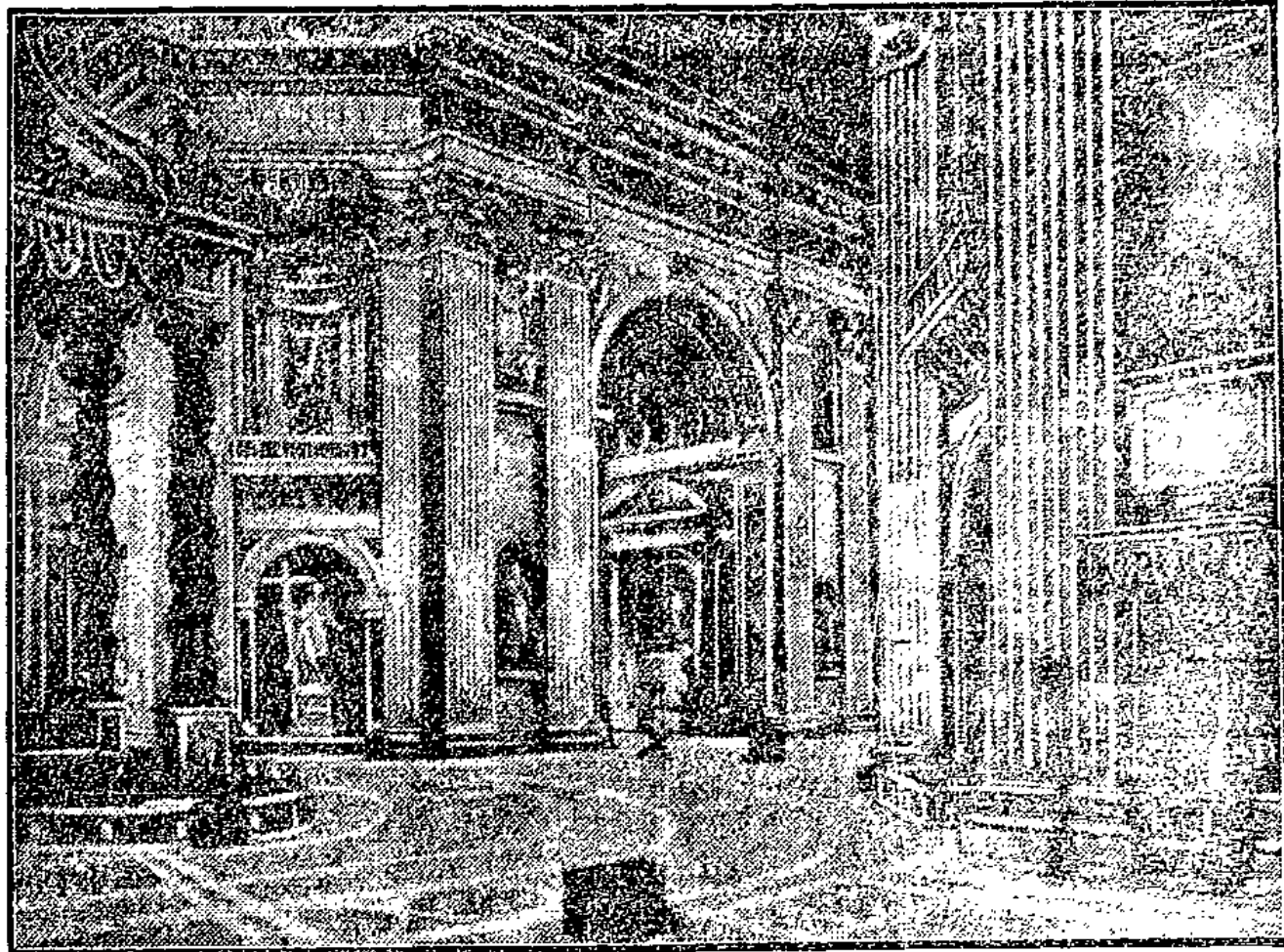
Brandkatastrophe im Dorf

Sechs Tote, 20 Schwerverletzte in der Ortschaft Vaszez.

Ein Brand, der fast die ganze Ortschaft Vaszez vernichtete, wütete ununterbrochen bis Sonnabendabend. Er hat 6 Menschenleben gefordert. Vier Kinder, die allein zu Haus waren, verbrannten, ebenso zwei Männer, die bei den Rettungsarbeiten ohnmächtig wurden und in die Flammen fielen. 18 Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Die gesamte Habe der Bevölkerung, 130 Rinder, 120 Pferde und 160 Schweine, außerdem viele landwirtschaftliche Geräte und Maschinen fielen den Flammen zum Opfer. Nach einer Schätzung der Bezirkshauptmannschaft beträgt der Schaden 35 Millionen Kronen, wovon nur 5 Prozent durch Versicherung gedeckt sind. Insgesamt sind 3400 Menschen obdachlos geworden. Lebensmittel und 20 Eisenbahnwagen mit Holz sind bereits an der Unglücksstelle eingetroffen. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt, doch wird Brandstiftung angenommen, da an drei verschiedenen Ortsteilen zu gleicher Zeit Feuer ausbrach. Ein Feuerwehrauto stürzte auf der Fahrt zur Brandstelle in einen Graben, wobei fünf Feuerwehrleute leicht und zwei schwer verletzt wurden.

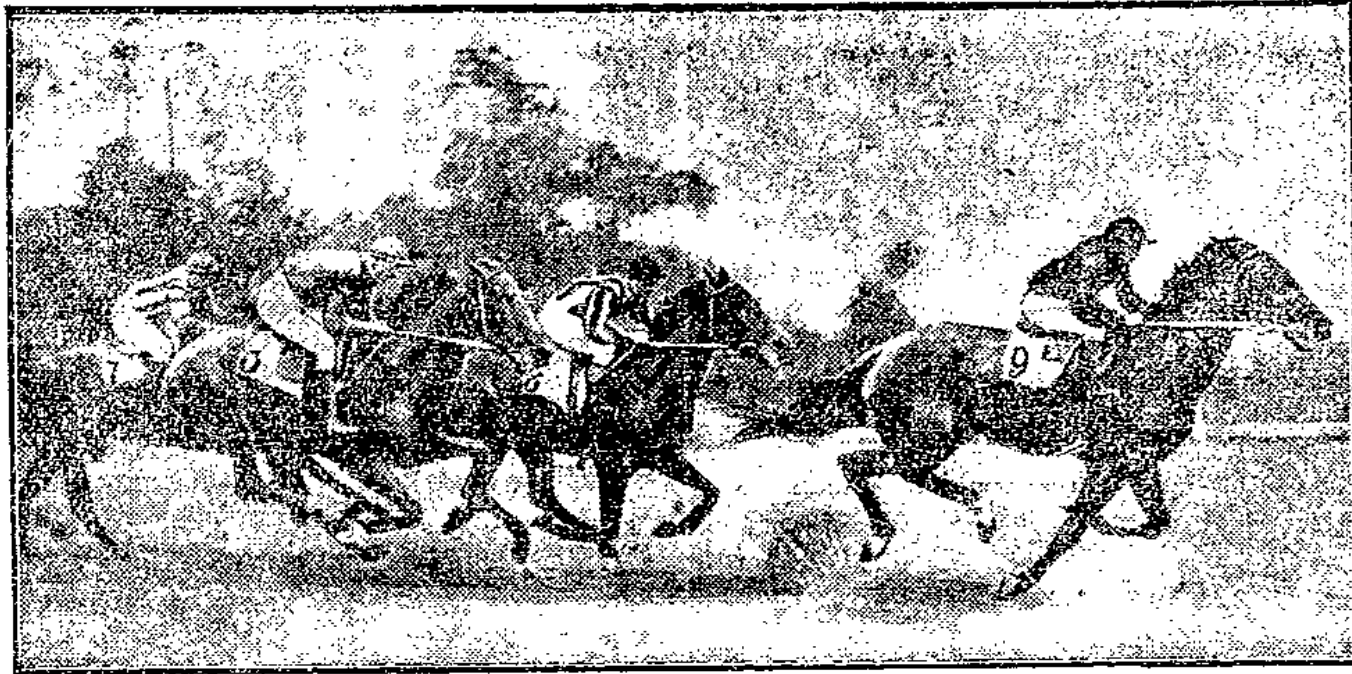
Der „Apfelschuß“

In Chemnitz im Kreise Radost (Polen) feierten Bauernburschen die Rückkehr eines polnischen Reservisten in der heimischen Brantweinschänke. Als sich der Soldat seiner Treffsicherheit im Schießen rühmte, verlangten die jungen Leute von ihm, daß er einem von ihnen einen Apfel vom Kopf herabschießen sollte. Unglücklicherweise leistete der Soldat der Aufforderung Folge. Die ganze Schrotladung drang dem jungen Burschen, der sich getreu dem Wilhelm Tell'schen Vorbild unter einem Baum aufgestellt hatte, in den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein.



Die Höllemaschine in der St. Peters-Kirche

Unter dem Denkmal des Papstes Clemens XIII. in der St. Peters-Kirche in Rom (mit einem X bezeichnet) wurde bei einem nächsten Rundgang von vatikanischen Soldaten die Höllemaschine entdeckt. Man schaffte die Bombe ins Freie, wo sie wenige Stunden später explodierte.



Der Auftakt zur Internationalen Rennwoche

die unter hervorragender Beteiligung in- und ausländischer Klaffpferde in Berlin begonnen hat: das Feld beim „Großen Preis von Berlin“, der mit einem schönen Siege von „Sichel“ mit Böhle (Nr. 8) endete.

Doppelselbstmord

Der 63jährige Berliner Fabrikbesitzer Artur Jaffé und seine 53jährige Ehefrau wurden in ihrer Villa in Berlin W. mit Veronal vergiftet tot aufgefunden. Der Doppelselbstmord erfolgte, wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, im gemeinsamen Einverständnis. Das Ehepaar hatte befürchtet, durch den Zusammenbruch der Danabank sein Vermögen zu verlieren. Jaffé war Besitzer einer angesehenen chemischen Fabrik.

„Fall Halsmann“

Ueber die angekündigte Aufklärung des österreichischen Mordfalles Halsmann werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Philipp Halsmann war wegen Ermordung seines Vaters, des Kigaer Zahnarztes Dr. Halsmann, verurteilt und später begnadigt worden. Der Sohn soll den Vater von einem Tiroler Berg in eine Schlucht gestoßen haben. Aus verschiedenen Gründen wurde die Richtigkeit des Urteils stark angezweifelt. Neue Ermittlungen, die auf Veranlassung des Wiener Grafen Coudenhove-Kalergi und des berühmten Pariser Rechtsanwaltes Corrés von dem französischen Journalisten Benard in Innsbruck vorgenommen worden sind, führten zu der sicheren Annahme, daß die ursprüngliche Selbstbezeichnung eines gewissen Johann Schneider richtig sei. Schneider hatte sich ursprünglich als Mörder bezeichnet, später aber sein Geständnis widerrufen und ein Alibi beigebracht. Es heißt, daß das Alibi widerlegt sei.

Brentano schwer krank. Der bekannte deutsche Sozialpolitiker Lujo Brentano liegt im Münchener Hofmannstranfenhaus schwer krank darnieder. Er ist von einem Blasenleiden befallen, sein Zustand ist bedenklich. Lujo Brentano steht im 87. Lebensjahr.

Kurze Meldungen

Aufgedecktes Diamant-Komplot. Von Beamten und Detektiven der New Yorker Polizei wurden in Raico im Staate New-York acht Mitglieder einer Bande festgenommen, die im dringenden Verdacht eines beabsichtigten Attentats auf den Schmugglerkönig Jack Diamond stehen. Aus dem Besitz der Verhafteten wurden 30 Maschinengewehre und andere Waffen beschlagnahmt.

Kircheinsturz: 20 Tote. In der Kirche von Sao Paulo de Loanda, der Hauptstadt der in Südafrika gelegenen portugiesischen Kolonie Angola, stürzte während des Gottesdienstes ein Teil des Chors ein. Etwa 20 Personen kamen ums Leben, ungefähr 200 wurden verletzt.

Die Gondel auf dem Dach. In Alsborg (Dänemark) ereignete sich ein eigenartiger Anfall. Beim Aufstieg eines Militärbalkons blieb die Gondel an einem Dach hängen. Verlegt wurde niemand. Inbes entstand unter den anwesenden 4000 Zuschauern eine Panik.

Autokatastrophe. Bei einer Kurve an einer nach Wetter (Ruhrgebiet) führenden Chaussee stürzte ein Autobus in einen Straßengraben. Von den Insassen wurden etwa 13 zum Teil lebensgefährlich verletzt.



Bekannter Kunstmaler tödlich verunglückt

Der Kunstmaler Prof. Hermann Hendrich wurde beim Ueber-schreiten eines Bahnüberganges vom Zuge erfasst und getötet. Der Verstorbene ist der Schöpfer der berühmten Sagenhalle bei Schreiberhau im Riesengebirge.



Shaw in Berlin

Englands berühmter Dichter George Bernard Shaw weilte in Berlin, wo es unserem Photographen gelang, ihn bei einem Spaziergang unter den Linden auf die Platte zu bannen.



Letzte Vorbereitungen für den Zeppelin-Nordlandflug

Das große Gummirettungsboot des Luftschiffes wird vor der Fahrt noch einmal zur Probe belastet.

Erstes Ergebnis: 5 Monate Gefängnis

Die Nazi-Überfälle auf Fehmarn vor Gericht

45 Angeklagte - 160 Zeugen - Steine und Stahlruten als legale Kampfmittel

Burg a. Fehmarn, 18. Juli
Pflingsten hatten sich die Nazis die entlegenste Ecke der Provinz, die Insel Fehmarn, für einen ihrer berückichtigten Propagandamärsche auserkoren. Dieser Aufmarsch sollte eine „große Sache“ werden. Jedenfalls wußten die Bauern, insbesondere die „notleidenden“ Großbauern, nicht, was sie ihren lieben Kindern alles zugute tun sollten. Diese Bauern haben zwar kein Geld, um ausreichende Löhne zu zahlen oder menschenwürdige Wohnungen für ihre Arbeiter zu bauen, aber Geld spielte keine Rolle, als es sich darum handelte, die SA-Leute durchzuführen und unterzubringen. Man muß immer wieder zur Illustration der „Not der Landwirtschaft“ daran erinnern, was das Hamburger Naziorgan seinerzeit über den Empfang der SA. auf Fehmarn schrieb:

„Die Küche, an denen die SA. in den Privatquartieren verpflegt wurden, bogte sich geradezu unter der Last der Speisen. Das beste Gemüse, das zarteste Fleisch war für die SA. anscheinend gerade gut genug. Suppen, die aus einem einzigen Fettauge bestanden, Fleischgänge und Nachtisch, Kaffee und Kuchen...“

Sei es nun, daß man sich für jovic Liebenswürdigkeit erkenntlich zeigen wollte, sei es, daß die Zeitungen die Zeitfäden in Bewegung brachten, jedenfalls nutzte die SA. der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ die Gelegenheit, um der Arbeiterklasse von Fehmarn einen Anschauungsunterricht über die Arbeiterbehandlung im „Dritten Reich“ zu geben. In Burg, Landkirchen, Lembskenhafen, Puttgarden fielen sie über ahnungslose Arbeiter her, holten sie aus den Wohnungen und aus den Betten, um sie zu verprügeln. Das war eine „Propaganda“, die zwar schmerzlich, aber für die Arbeiterklasse aufschlußreicher war als alle Naziveranstaltungen.

Das Ende dieser „Söldenlaten“ war dann allerdings, daß die Nazis unter polizeilicher Eskorte von der Insel gebracht wurden und sich jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht Kiel, das zur Verhandlung nach Burg übergesiedelt ist, verantworten müssen. Angeklagt sind insgesamt 45 Personen, darunter allerdings auch einige Reichsbannerleute, die in die Schlägerei verwickelt wurden. Es handelt sich um 16 verschiedene Verhandlungsgegenstände, zu denen 160 Zeugen geladen sind. Verteidiger ist Herr... Böhmder, der an dem Aufmarsch selbst beteiligt war.

Am Freitag morgen begann die Verhandlung mit der Erörterung des

Überfalls in Landkirchen
am ersten Pflingstag. Die SA. war von Burg mit Lastwagen dorthin gefahren und machte einen Umzug durch den Ort. Bei dem sie ihre Lieber mit den geklauten Melodien sangen und ihre geistlosen Kampfrufe ausstießen. Kreuz und quer ging der Marsch. Daß die Gäste in diesem stark kommunikativen Ort nicht sonderlich freundlich aufgenommen wurden, ist verständlich. Trotzdem hielten sich die Andersgesinnten zurück, sahen sich nur hier und da den Zug an, bis an einer Ecke, wo sich etwa zehn bis zwölf Personen gesammelt hatten, die Nazis einen willkommenen Anlaß zum Losschlagen suchten und fanden. Sechs SA.- und SA.-Leute wurden unter den Tätern erkannt und unter Anklage gestellt.

Die Vernehmung der Angeklagten
verläuft ziemlich ergebnislos, da den Nazis, wie immer, auch hier der Mut fehlt, für ihre Taten einzustehen. Als erster wird der Landwirt und SA.-Mann Kleingarn vernommen, der nur zugibt, den Arbeiter Willer mit dem Karabinerhaken geschlagen zu haben. Die übrigen Angeklagten Hans Bihl, Max Lafrenz, Eduard Fischer, Matth. Muuß und Johs. Witt bestreiten jede Beteiligung an der Schlägerei.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung des Nazi-Führers für Fehmarn, Kalfs, der natürlich nichts gesehen hat. Die ersten Befundungen der Belastungszeugen sind eine verächtliche Anklage gegen die Brutalitäten der Nazis. Mehereinstimmend wird von einer ganzen Anzahl Zeugen ausgesagt, daß Flugzettelverleiher Personen, die die Flugzettel verweigerten oder fallen ließen, mit einem Schlag Zeitungen um die Ohren schlugen und riefen: „Da! kümmt anners as Mostau“. Eindeutig wird auch bezeugt, daß die Nazis den Zusammenstoß verursacht haben, indem sie bei einer Schwelkung die an der Straße stehenden Bewohner immer näher an die Mauer drängten und mit ihrer Fahnenstange verschiedenen Personen an den Kopf stießen. Als der Zeuge Bruhn sagte, auf der anderen Seite der Straße sei doch Platz genug, schlug ihn ein Nazi mit einem Gegenstand ins Gesicht. Das war das Signal zum Losschlagen für die Nazimeute, die sich nun auf die stieblichen Passanten stürzten. Als der Arbeiter Runge sich bückte, um die zur Erde gefallene Luftpumpe von Bruhn aufzusammeln, schlug der SA.-Mann Kleingarn mit einem Karabinerhaken auf ihn ein, daß ihm das Blut vom Kopf lief. Runge lief fort, wurde aber von Kleingarn, Bihl und Lafrenz verfolgt und zu Boden geschlagen. Dabei wurde gerufen: „Schlag ihm dot!“ Frau Runge sah ihren Mann am Erdboden liegen und warf sich über ihn, um zu verhindern, daß er noch mehr Schläge über den Kopf bekam. Darauf rief Kleingarn: „Männer, du al Diert, id schlag di ok“. Als er endlich von Runge abgelassen wurde, verfolgte er ihn noch mit aller Wucht einen Trit gegen die Schulter. Noch rabiatere behandelte Kleingarn gegen den Arbeiter Heinrich. Dieser hatte sein einjähriges Kind auf dem Arm.

Kleingarn schlug Vater und Kind mit einer Stahlrute über Kopf und Arm, so daß das Kind benümmungslos wurde und sich noch heute in

ärztlicher Behandlung befindet. Die Horden jagten hinter den fliehenden Arbeitern her. Der Arbeiter Willer bezeugt, daß er von vier bis fünf Nazis umringt und solange geschlagen wurde, bis er zusammenbrach. Eine weitere Anzahl Zeugen bezeugen ebenfalls, daß sie geschlagen worden seien, sie haben jedoch die Schläger nicht erkannt, weil es sich zum Teil um auswärtige Nazis handelte. Die Verhandlung des ersten Tages zeigt mit aller Deutlichkeit, daß sich die Nazis wie eine wildgewordene Horde auf die Bewohner Landkirchen gestürzt haben, um ihren „Tatendurst“ zu stillen. Dabei wurde nicht nur mit Karabinerhaken, sondern auch Spiralknuten geschlagen und mit Steinen geworfen.

Böhmder stellt eine Anzahl Beweisanträge, denen das Gericht entspricht.

Am Sonnabend wurde eine Anzahl Entlastungszeugen vernommen. Ihre Aussagen waren jedoch nur bedeutfam bezüglich

Arbeiter-Olympiade eröffnet!

Fest der Freundschaft und des Friedens

Wien, 19. Juli
Am Sonntag, im Anschluß an dem machtvollen Aufmarsch der Kinder, fand im Apollotheater die feierliche Eröffnung des 2. Arbeiter-Olympias statt. Die Feier wurde der Bedeutung und Größe des Olympias würdig. Führer und Funktionäre der in- und ausländischen sozialistischen Kultur- und Sportorganisationen, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Bürgermeister der Stadt Wien, Stadt- und Gemeindeväter, die Vertreter von in- und ausländischen Ministerien und Behörden und zahlreiche andere Gäste aus dem Auslande wohnten der Feier bei. Ein Orchester und Orchesterführer, meisterhaft vorgetragen, leitete den Akt ein. Gesang und Sprechchor der Arbeiterjüngler und Arbeiterjugend und Fanfarenzüge gingen den Festrednern voran. Es sprachen der Bürgermeister Seis, der Vertreter der Arbeiterinternationale Kosbroeck, Büffel und die Präsidenten der Arbeiter-Sportinternationale Dr. Jul. Deutsch-Wien und Cornelius Gellert. — Fanfarenzüge. — Einzeln wurden die Fahnen der an der Olympiade beteiligten Länder auf die Bühne getragen. Ein Sprecher kündete mit gewaltigen Worten Schicksal und Kampf der Arbeiterklasse in jedem der Länder an.

Als die Fahnen Deutschlands und Frankreichs gleichzeitig auf der Bühne erschienen und die Träger einander die Hände reichten, da erfüllte drausender Jubel den Raum.

Völkerverbrüderung, heißer Wille nach Frieden, ein einfacher Händedruck nur, das Aufeinandertreffen zweier Fahnenstangen, und doch war alles bis aufs innerste ergriffen. So wurde die Eröffnungsfeier des 2. Arbeiter-Olympias zu einer Friedens-

Ein sozialistisches Erlebnis

Festspiel im Wiener Stadion

60 000 Menschen singen die Internationale

Wien, 20. Juli (Eig. Ber.)
Am Vorabend der Arbeiter-Olympiade wurde im Wiener Stadion das große Festspiel von Robert Schrenkweitz vor 60 000 Zuhörern aufgeführt. Es war nicht nur ein Schauspiel, sondern ein elementares Gefühnsbekenntnis, das allen Teilnehmern unvergänglich bleiben wird. Schon der erste Eindruck beim Betreten des Stadions war überwältigend: die weite Arena, in deren Mitte ragend der Turm des Kapitalismus stand, der bunte Ring der Massen, der vom Glanze der Abendsonne durchflutete Himmel. Fanfarenbläser schreiten auf die vier Ecken der Plattform auf dem Turm; das Spiel kann beginnen. Handwerker in mittelalterlichen Kleidern wandeln aus dem Turm in die Rasenfläche, Schnitter und Schnitterinnen, Schneider, Schuster, Schmiede — Vision eines goldenen Zeitalters von dem die Menschen träumen, Fülle von Leben und Lebenslust, verkörpertes Volkstied.

In dieses Idyll hinein raffelt und knattert, gelst und dröhnt Maschinenlärm. Die freudigen Gruppen erstarrten. Fahl und farblos heb das eiserne Zeitalter der kapitalistischen Maschinerie an. Im monotonen Rhythmus einer entseelten Arbeit ziehen die Proletarier in die Arena. Ueber dem Turme steigt die goldene Frage des Kapitalismus empor, und der Turm selber steht nach da. Das Gerippe der Konstruktion wird bläufiggelegt: Schreibmaschinen klappern; Telegraphen rattern; Motore stampfen ihren tristen Gesang. Kurze Pausen; Arbeiterkinder laufen herein, aber ihr Reigen zerbricht; die tödliche Arbeit der

der Angeklagten Fischer und Lafrenz, die sich während des Vorfalls angeblich in Reich und Glied befunden haben sollten. Da sich dabei gleichzeitig einige Widersprüche mit den am Tage vorher gemachten Aussagen ergeben, wurden einige Zeugen nochmals vernommen. Dabei mußte der Zeuge Willer seine Aussage stark zugunsten der Angeklagten Bihl, Witt und Muuß einschränken. Er konnte nicht behaupten, daß ihn die Genannten geschlagen hätten. Damit entfiel für diese Angeklagten der wichtigste Entlastungszeuge, so daß der Staatsanwalt sich gezwungen sah bezüglich dieser fünf Angeklagten Freispruch zu beantragen. Ueberführt war wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung und Vergehens gegen das Gesetz über den Waffennutzbereich in fünf Fällen, der SA.-Mann Kleingarn. Gegen diesen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis.

Der Verteidiger Böhmder versuchte aber auch noch diesen Angeklagten reinzuwaschen und darzulegen, daß er in Notwehr gehandelt hatte. Außerdem glaubte er besonders die Legalität der Hülfsleute gegenüber den Kommunisten betonen zu müssen.

Das Gericht schloß sich doch keineswegs den Ausführungen des Verteidigers an, sondern verurteilte den SA.-Mann Kleingarn zu fünf Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung bezeichnete der Vorsitzende das Verhalten des K. als eine bodenlose Rohheit und brutale Handlungsweise, noch auf einen schon am Boden liegenden Menschen und auf einen Mann einzuschlagen, der ein kleines Kind auf dem Arm trage. Die Angeklagten Fischer und Lafrenz hält das Gericht für unschuldig und billigt ihnen die entstandenen notwendigen Ausgaben zu. Die Uebernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse wird jedoch abgelehnt. Die übrigen Angeklagten werden freigesprochen, weil der Beweis ihrer Täterschaft nicht erbracht sei.

Lundgebung. Mit ungeheuren Beifall nahmen die Anwesenden aus dem Munde des Präsidenten Gellert-Leipzig zur Kenntnis, daß trotz Wirtschaftskrise die in Wien mit Zehn sucht erwarteten 30 000 deutsche Olympiateilnehmer eintreffen werden.

Tag der Kinder

Hunderttausend feiern ihn
Wien, 19. Juli
Die Sozialistische Arbeitersportinternationale hat mit ihrem Weltkindertag am 19. Juli als Auftakt zum 2. Arbeiter-Olympia auf diesem Gebiete den größten Erfolg gehabt. Alle Landesverbände der SAIZ. veranstalteten an diesem Tage gemeinsam mit den anderen sozialistischen Arbeiterorganisationen Kinderkundgebungen im Geiste des Arbeiter-Olympias, von denen die Kundgebung in Wien zur eindrucksvollsten wurde. 20 000 Kinder aus allen Teilen Österreichs und den Landesverbänden der SAIZ. marschierten unter Massen von roten Bannern in den Straßen Wiens auf, bejubelt von hunderttausenden Zuschauern. Vor dem Rathaus begrüßten der Präsident der Sozialistischen Erzieherinternationale, der Stadtschulrat von Wien und der Wiener Kinderturnwart die Kinder mit Worten der Freude, der Anerkennung und der Aufmunterung.

Auf der Trabrennbahn, der Baukampfbahn und dem Schwimmstadion erwarteten an 30 000 Zuschauer den Strom der Kleinen. Beifall über Beifall ernteten die 4500 Kinder für ihre Massenübungen. Ebenso beifällig wurden die Kämpfe und Sondervorführungen aufgenommen. Mit Mils und Donner nahm der Weltkindertag in Wien sein Ende. Das Jungvolk kehrt zurück in seine Heimat begeistert von dem großen Tag.

Wien hat ein Fest der Lebensfreude, der Anmut und be schwingten Schönheit genossen, wie es wohl noch keines erlebt hat.

Männer, Frauen und Kinder geht weiter, und der Priester des Kapitalismus ruft aus dem Turme: „Tragt euer Los in Gott- ergebenheit und Demut! Es wird immer Reiche und Arme geben. Der Wille des Herrn geschehe!“ Einander durchkreuzend bedrückt die Lüge des Kapitalismus: „Die Hungerrunden und Frieden werden einst gesättigt werden,“ gelst die Wahrheit des Kapitalismus: „Weizen 23,50, Baumwolle 12,50.“ Bibelsprüche und Börsenturfe frech gemischt. Die Altien steigen, und die Menschen fallen; das Kapital triumphiert, und Frauen brechen zusammen unter der Last ihrer Arbeit. Da ertönt die Marseillaise. Erste Revolte flackert auf. Eine einsame rote Fahne flattert in einer Arbeitergruppe. Die Arbeit wird eingestiftet. Gegen den Turm wagt es brohend heran. Trommelwirbel, Kommandorufe. Mit gefälltem Bajonett dringt Militär in den Raum. Die Revolte wird niedergeworfen; die Auf- rührer werden standrechtlich niedergeknallt. In diesem Augenblick stürzen alle Arbeiter und Arbeiterinnen nieder; die Geschosse haben in Wahrheit sie alle getroffen. Durch die Löffelmar- schiert das Militär. Die Arbeit geht weiter, der Kapitalismus geht weiter, die Hölle des proletarischen Alltags.

Fanfaren künden den Krieg an. Die Kriegsmaschine aller Staaten werden kundgetan. Die Lüge vom Verteidigungskriege, von der patriotischen Pflicht wirbelt durch die Luft. Der Priester des Kapitals segnet den Massenmord. Kriegsberichte quillen aus dem Turme; Soldaten gehen zum Angriff vor; Qualm quillt durch den Raum. Uniformierte Menschen haften und bufsen durch das vernebelte Feld, immer schneller, dämonische

